



19.430

Parlamentarische Initiative

Jans Beat.

Konsequenter Schutz des Grund-, Trink-, Fluss- und Seewassers vor nachweislich schädlichen Pestiziden

Initiative parlementaire

Jans Beat.

Pesticides aux effets nuisibles avérés. Protection systématique de l'eau souterraine, potable, de rivière et de lac

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.12.19 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Girod, Bäumle, Jans, Jauslin, Nordmann, Nussbaumer, Reynard, Semadeni, Thorens Goumaz)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Girod, Bäumle, Jans, Jauslin, Nordmann, Nussbaumer, Reynard, Semadeni, Thorens Goumaz)

Donner suite à l'initiative

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Vous avez reçu un rapport écrit de la commission.

Jans Beat (S, BS): Diese parlamentarische Initiative, die ich hier vertrete, will das Zulassungsverfahren für Pestizide ergänzen. Sie will, dass der Bund die Zulassungsbewilligung überprüft, wenn festgestellt wird, dass Pflanzenschutzmittel wiederholt an mehreren Oberflächengewässern aquatische Lebensräume schädigen oder dass durch diese Pestizide das Grund- und Trinkwasser belastet wird. Das ist im Rahmen der grossen Pestiziddebatte, die wir in den letzten Monaten geführt haben, ein sehr konkretes, spezifisches Anliegen, das auf eine Änderung des Gewässerschutzgesetzes oder des Umweltschutzgesetzes hinausläuft. Es geht nicht um eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes.

Es ist völlig klar, dass es so wie heute nicht weitergehen kann. Messungen der Kantone, des Bundes und der Eawag zeigen ja, dass verschiedene Pestizidwirkstoffe Gewässerorganismen nachhaltig schädigen. Namentlich werden Wasserinsekten und Algen, die die Futter- und Lebensgrundlage für Fische darstellen, dezimiert. Gewisse Pestizide zerstören die Artenvielfalt. Sie tragen entscheidend zur Ausrottung von Tierarten in der Schweiz bei.





Bis heute hat es keine direkten Konsequenzen, wenn man mit Messungen nachweisen kann, dass dies in den Fliessgewässern passiert. Der Bund informiert die Kantone, dass solche Überschreitungen gemessen werden. Diese können aber fast nichts dagegen unternehmen. Sie sind überfordert, sie wissen nicht genau, woher diese Produkte stammen, und haben Mühe, die entsprechenden Auflagen an die Landwirte zu erlassen. Ebenfalls keine Folgen haben die Messungen der Trinkwasserversorger. Wenn sie zum Beispiel Abbauprodukte von problematischen Pestiziden feststellen, hat dies keine Folgen für diejenigen, die diese Pestizide ausbringen. Die Konsequenz ist in der Regel, dass die Trinkwasserquelle geschlossen wird. Aber an der Wurzel wird das Problem nicht angepackt. Deshalb ist in solchen Fällen die einzig richtige Massnahme, diese Umweltgifte aus dem Handel zu ziehen. Das gebietet auch unsere Bundesverfassung. Die Artikel 74 und 78 besagen klipp und klar, dass es Aufgabe des Bundes ist, die Leute und die Artenvielfalt vor schädigenden Einwirkungen zu schützen.

Aufschlussreich, aus meiner Sicht auch peinlich, ist die Haltung der Kommissionsmehrheit. Sie sagt nämlich: "Klar, ja, es stimmt, wir haben hier ein Problem. Es gibt Handlungsbedarf. Aber tun wir jetzt noch nichts, sondern verschieben wir das doch auf die Agrarpolitik 2022 plus. Der Bundesrat und der Ständerat haben ja angekündigt, dass sie dann im Zusammenhang mit den Pestiziden etwas machen wollen".

Aber das ist keine glaubwürdige Position, denn erstens ist das Anliegen, das ich habe, nicht ein landwirtschaftspolitisches, sondern eines zum Schutze unserer Gewässer, unserer Umwelt und unserer Gesundheit. Das kann man jetzt beschliessen. Man kann jetzt sagen, dass man das will, ohne zuzuwarten. Zweitens ist doch völlig unklar, was diese Debatte über die Agrarpolitik überhaupt bringen wird. Das ist ja ein Riesenpaket mit sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen, verteilungspolitischen und subventionspolitischen Forderungen. Wir wissen heute ja noch nicht, ob da irgendetwas in Sachen Umwelt drinsteht, ob dieses Paket überhaupt eine Mehrheit findet und ob dagegen nicht allenfalls das Referendum ergriffen wird.

Wenn Sie also wirklich finden, dass dieses Anliegen berechtigt ist – im Übrigen würden auch die Kantone entlastet –, dann müssen Sie jetzt einfach einmal Ja sagen und Nägel mit Köpfen machen. Sie dürfen nicht immer verwässern, hinausschieben und verharmlosen und vielleicht später mal entscheiden, sondern jetzt müssen Sie einfach einmal sagen: Diese parlamentarische Initiative macht Sinn, da schlagen wir jetzt mal einen Pflock ein.

AB 2019 N 2248 / BO 2019 N 2248

Girod Bastien (G, ZH): Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, wer von Ihnen bestellt im Restaurant Hahnenwasser? (*Einige Ratsmitglieder heben die Hand*) Sehr gut, ich bestelle auch immer Hahnenwasser, was viel sinnvoller ist, als abgefülltes Wasser zu bestellen, das durch die Gegend transportiert wird. Ich bin auch froh, dass man zuhause Hahnenwasser trinken kann. Unser Hahnenwasser hat Schweizer Qualität, und genau diese Qualität ist gefährdet. In immer mehr Trinkwasserfassungen findet man Rückstände von Pestiziden. Bei Pestiziden ist es so, dass man nicht einfach auf Zeit setzen kann, dass man nicht einfach verwässern kann, damit sie sich auflösen. Das Gleiche gilt für die Vorstösse zum Trinkwasser und zu den Pestiziden. Es wird auf Zeit gesetzt, oder man versucht, sie zu verwässern. Aber das ist nicht der richtige Ansatz.

Sie haben sicher auch von diesem Faktenblatt der Eawag gehört, das erfreulicherweise bekannt wurde. Ich weiss nicht, ob wirklich ein Maulkorb bezüglich dieses Faktenblatts verhängt wurde. Vielleicht ist es dem einen oder anderen bekannt. Es ist ja gut, dass auch einmal ein Faktenblatt eine gewisse Berühmtheit erlangt. Ich empfehle Ihnen wirklich, dieses Blatt zu lesen, weil es eindrücklich und bedenklich ist, was die Forscher der Eawag, also die Gewässerspezialisten, zum Zustand unserer Gewässer sagen. Ein Beispiel: Es wurden fünf Bäche auf 181 verschiedene Pestizide untersucht. Es wurde geschaut, ob man diese Pestizide weiterhin in den Bächen nachweisen kann. 145 Pestizide konnten noch nachgewiesen werden! Verwässern ist also nicht möglich – die Pestizide bleiben nachweisbar.

Eine Folgeuntersuchung hat dann gezeigt, dass auch die Abbauprodukte dieser Pestizide weiterhin toxische Risiken bergen und sich zudem noch anreichern. Es müssen wirklich alle Alarmglocken läuten, wenn Abbauprodukte weiterhin toxisch sind und wenn sie sich auch noch anreichern, denn dann haben wir wirklich ein Problem. Es konnte an den wirbellosen Lebewesen aufgezeigt werden, dass die Fortpflanzung durch diese Abbaustoffe der Pestizide um den Faktor fünf bis zehn beeinträchtigt wird. Wir haben also wirklich dringenden Handlungsbedarf. Man kann das bei den Trinkwasserfassungen schon nachbehandeln. Aber das ist einerseits sehr teuer, und andererseits gibt es auch dann noch Abbauprodukte, die problematisch sind beziehungsweise bei denen zum Teil die Gefahr besteht, dass sie krebserregend sind. Der Handlungsbedarf ist also gross.

Wie argumentiert die Mehrheit? Die Mehrheit sagt: Es ist nicht der richtige Zeitpunkt. Hier möchte ich mich gerade auch an die landwirtschaftlichen Kreise richten. Der Bundesrat hat beschlossen, dass es keinen Ge-



genvorschlag zur Trinkwasser- und zur Pestizid-Initiative gibt. Das hier wäre jetzt die Chance, frühzeitig einen Gegenvorschlag aufzugleisen. Das wird Zeit brauchen, das wird seriöse Arbeit brauchen. Das wissen wir aus der Vergangenheit: Im letzten Moment – ruck, zuck! – wird das immer schwierig. Man könnte frühzeitig reagieren, und der jetzige Zeitpunkt wäre deshalb genau richtig.

Ein weiterer Punkt zum Thema Verwässern: Man sagt jetzt, ja, das komme dann mit der Agrarpolitik 2022 plus und es gebe dann einen Aktionsplan. Genau dazu nimmt die Eawag klar Stellung; ich lese Ihnen das vor. Zur Frage "Welche Massnahmen sind nötig?" schreibt sie: "Die eingeleiteten Massnahmen (Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, Agrarpolitik 2022 plus) gehen in die richtige Richtung" – immerhin! –, "aber es besteht weiterer Handlungsbedarf, insbesondere, weil Massnahmen noch nicht verbindlich festgelegt und die dafür nötigen Ressourcen noch nicht gesichert sind. Zudem" – das finde ich besonders wichtig, das schreiben die Forscher der Eawag – "erfüllen selbst die gesetzten Ziele (zum Beispiel im Aktionsplan Pflanzenschutzmittel) die gesetzlichen Anforderungen noch nicht!" Dass Forscher Ausrufezeichen setzen, kommt sehr selten vor. Man sollte deshalb genau hinschauen und genau hinhören.

Wirklich, schauen Sie dieses Blatt an, und stimmen Sie jetzt der parlamentarischen Initiative zu. Es geht um unser Trinkwasser, es geht um die Qualität unseres Trinkwassers. Es geht um die Schweizer Qualität, die hier auf dem Spiel steht. Diese verlangt, dass wir hier reagieren.

Nicolet Jacques (V, VD): Cher collègue Girod, vous attaquez régulièrement le monde agricole en parlant de "pesticides", ce que j'appelle pour ma part plus régulièrement des "produits phytosanitaires". Par contre, vous évitez soigneusement de parler des produits domestiques et surtout des produits pharmaceutiques. Ma question est la suivante: dirigez-vous régulièrement vos attaques contre l'agriculture dans le sens où vous avez un bras de levier, qui est celui des paiements directs, afin de sanctionner le monde agricole par ce biais?

Girod Bastien (G, ZH): Monsieur Nicolet, je n'attaque pas l'agriculture, mais les pesticides. Ce sont eux, le problème. Il est aussi possible de faire de l'agriculture en utilisant moins de pesticides. Le papier de l'Eawag que j'ai entre les mains montre qu'il faut des mesures dans l'agriculture et il montre aussi que le plan d'action est insuffisant.

Il est important d'élaborer aujourd'hui un contre-projet. Je pense qu'il serait bien pour l'agriculture également qu'il y ait un contre-projet aux deux initiatives populaires qui ont été déposées, et je pense qu'il faut commencer les travaux aujourd'hui.

Aebi Andreas (V, BE): Herr Kollege Girod, wir wollen alle besseres Wasser, was die Pestizide anbelangt. Aber Fakt ist, dass wir da plötzlich ganz andere Erkenntnisse haben. Ich habe kürzlich gelesen oder gehört, dass Koffein in gewaltigen Mengen im Wasser ist, was die Unfruchtbarkeit von Fischen hervorruft. Wie gedenken Sie, dieses gesamtheitliche Denken in eine zukünftige Initiative zu verpacken und nicht nur über Pestizide in der Landwirtschaft zu sprechen?

Girod Bastien (G, ZH): Es gibt ja sehr viele Informationen, gerade im Zeitalter des Internets. Ich würde mich da an das halten, was die Experten – in diesem Fall die Eawag – schreiben. Die Eawag schreibt klar: Die Herausforderung, das Problem sind die Pestizide. Wenn es bei anderen Stoffen auch Handlungsbedarf gibt und sie das sagen, dann würde ich das ganz sicher ernst nehmen, dann müsste man auch das anschauen.

Egger Mike (V, SG), für die Kommission: Die hier vorliegende parlamentarische Initiative möchte das Gewässerschutzgesetz mit einem Artikel ergänzen, der sicherstellt, dass Wirkstoffe von synthetischen Pestiziden nicht mehr eingesetzt werden dürfen, wenn an mehreren Oberflächengewässern wiederholt die Fortpflanzung, die Entwicklung und die Gesundheit empfindlicher Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen beeinträchtigt wurde oder im Grund- bzw. Trinkwasser Pestizidrückstände in unerwünscht hohen Konzentrationen gemessen werden.

Grundsätzlich unterstützt die UREK-N die Forderung, die Gewässer vor schädlichen Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffen zu schützen. Die Kommission betont die Wichtigkeit, die Trinkwasserqualität in der Schweiz, welche gemäss der Nationalen Grundwasserbeobachtung im internationalen Vergleich als hervorragend eingestuft wird, für die Bevölkerung zu sichern und wichtige Lebensräume für Insekten und andere bedrohte Lebewesen zu erhalten. Weiter stellt die UREK-N fest, dass es momentan für die Kantone schwierig ist, rasch und wirksam zu reagieren, wenn die Konzentration von Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffen den toxikologischen Grenzwert überschreitet.

Aus Sicht der Mehrheit ist die parlamentarische Initiative Jans aktuell nicht der richtige Weg, um das Problem der Grenzwertüberschreitungen anzugehen. Die Initiative kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt, da die De-



batte zur Trinkwasser- und zur Pestizid-Initiative in vollem Gang ist. Aus Sicht der Mehrheit der Kommission soll die Frage eines neuen Artikels im Gewässerschutzgesetz zu Pestizidwirkstoffen nicht parallel zu dieser Debatte geführt werden.

Als zweites wichtiges Argument gegen die parlamentarische Initiative wurde eingebracht, dass bereits wirksame Massnahmen beschlossen wurden. Die definierten Massnahmen gilt es nun vollständig umzusetzen, insbesondere den 2017 verabschiedeten Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von

AB 2019 N 2249 / BO 2019 N 2249

Pflanzenschutzmitteln. Dieser beinhaltet über 50 Massnahmen und wird von der Schweizer Landwirtschaft vollumfänglich mitgetragen und somit ernst genommen.

Zudem muss hervorgehoben werden, dass der Bundesrat mehrfach seine Bereitschaft, in diesem Themenbereich zu handeln, signalisiert hat, beispielsweise mit der neuen Agrarpolitik 2022 plus. Dem Bundesrat ist es wichtig, diese Thematik anzugehen, und uns als UREK-N selbstverständlich auch.

Die Minderheit der Kommission erachtet die parlamentarische Initiative als geeignetes Instrument, um Handlungsbedarf zu signalisieren, nachdem der Nationalrat in der Sommersession 2019 auf einen indirekten Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative verzichtet hat. Die Minderheit verweist darauf, dass die derzeit vom Bundesrat vorgesehenen Massnahmen nicht genügten, um nachweislich schädliche Pestizide aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Kommission beantragt mit 13 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Page Pierre-André (V, FR), pour la commission: Non à l'initiative parlementaire de notre collègue Beat Jans concernant la lutte contre les effets nuisibles des pesticides dans l'eau! Voilà ce que vous recommandez votre commission après examen de cette initiative. Par 13 voix contre 9 et 3 abstentions, la commission vous propose de ne pas donner suite à cette initiative.

Oui, bien sûr, Mesdames et Messieurs, nous sommes toutes et tous bien d'accord de protéger notre eau! Autrement dit, la commission soutient sur le fond l'objectif qui consiste à protéger les eaux contre la pollution causée par les substances actives qui contiennent les produits phytosanitaires, à l'image du Conseil fédéral qui vient d'interdire, dès janvier 2020, le chlorothalonil. Donc, le travail s'effectue. Par ailleurs, nous nous devons de garantir à notre population une eau potable de qualité, comme nous devons veiller à préserver des habitats essentiels pour les insectes et autres organismes.

Notre commission constate qu'à l'heure actuelle il est bien difficile, pour les cantons, de réagir avec rapidité et efficacité lorsque les concentrations de substances actives phytosanitaires dépassent les valeurs limites écotoxicologiques. Cela étant dit et rappelé, votre commission considère que l'approche de notre collègue Jans n'est pas la bonne pour résoudre le problème.

Question de calendrier d'abord. Deux initiatives populaires sur les pesticides font encore l'objet de débats. Vouloir dès lors, en parallèle à ces débats, introduire dans la loi fédérale sur la protection des eaux un nouvel article ne semble pas opportun aux yeux de la majorité de votre commission.

Question de législation ensuite. Les lois qui protègent nos eaux existent. Et la législation actuelle a engendré bon nombre de mesures efficaces. Mettons-les donc en oeuvre, et pleinement. Par exemple, le plan d'action qui vise à la réduction des risques et l'utilisation durable des produits phytosanitaires a été adopté – je vous le rappelle – tout récemment, en 2017. Sans oublier – et nous y veillerons de manière attentive – que le Conseil fédéral lui-même a exprimé sa volonté de traiter de la problématique des pesticides dans sa politique agricole PA 22 plus, que nous traiterons l'année prochaine.

A titre personnel, j'ajoute à ces réflexions ma conviction: l'agriculture suisse effectue déjà aujourd'hui un travail considérable pour lutter contre les abus de pesticides. Nos paysans sont responsables, eux qui vivent de la nature, de la terre et de l'eau; ils ne sont tout de même pas si stupides au point de mettre en péril leurs propres ressources!

Et puis, toujours à titre personnel, je pense qu'il est plutôt pertinent d'éviter de se mettre un autogoal: en effet, avec toutes ces législations de contrôle, de restriction, notre agriculture va produire moins de denrées alimentaires. Résultat: nous devons en importer toujours davantage, au risque de devoir accepter sur nos marchés des produits réalisés avec des règles un peu légères, voire des produits réalisés sans règle du tout. Le consommateur aura tout à perdre.

J'ajoute enfin qu'au sein de la commission une minorité est d'avis que cette initiative parlementaire est l'instrument approprié, qu'elle permet de mettre en évidence la nécessité d'agir. Cette minorité estime que les mesures prévues actuellement par le Conseil fédéral ne seront pas suffisantes pour permettre l'interdiction



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2019 • Siebente Sitzung • 12.12.19 • 08h00 • 19.430
Conseil national • Session d'hiver 2019 • Septième séance • 12.12.19 • 08h00 • 19.430



des pesticides. Un mécanisme d'autorégulation devrait être mis en place: il obligerait la Confédération à ré-examiner l'autorisation d'un produit s'il est établi que ce produit phytosanitaire est nuisible pour les habitats aquatiques des eaux de surface ou qu'il pollue les eaux souterraines.

En résumé, la législation actuelle permet de lutter contre les abus d'utilisation de pesticides touchant les eaux – la preuve a été donnée ce matin par le Conseil fédéral –, et d'autres initiatives sont encore en discussion. Sans oublier que notre agriculture suisse prend déjà, avec sagesse et pragmatisme, grand soin de l'eau, qui est la vie.

Merci donc de suivre la majorité de votre commission et de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): La commission propose de ne pas donner suite à l'initiative. Une minorité Girod propose de donner suite à l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.430/19830)

Für Folgegeben ... 105 Stimmen

Dagegen ... 88 Stimmen

(3 Enthaltungen)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Je souhaite un joyeux anniversaire à notre collègue Kilian Baumann, qui le fêtera samedi prochain. (*Applaudissements*)

Schluss der Sitzung um 11.30 Uhr

La séance est levée à 11 h 30

AB 2019 N 2250 / BO 2019 N 2250

